

Rezensionen

Katja Werthmann & Tilo Grätz
(Hg.): *Mining Frontiers in Africa. Anthropological and Historical Perspectives*. Köln: Rüdiger Köppe 2012, 134 Seiten

Afrika ist seit langem von der Extraktion nicht-erneuerbarer natürlicher Ressourcen im Rahmen von Bergbau-Aktivitäten, welche eine zunehmende Intensivierung erfahren, geprägt. Während in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zunächst primär dem industriellen Bergbau Aufmerksamkeit zukam, widmen sich neuere Studien verstärkt auch dem handwerklichen Bergbau. Der in der Reihe „Mainzer Beiträge zur Afrikaforschung“ erschienene Sammelband knüpft an diesen jüngeren Forschungsstrang an und analysiert insbesondere handwerkliche Bergbau-Aktivitäten in verschiedenen Ländern Subsahara-Afrikas aus anthropologischen wie historischen Perspektiven.

Mit dieser theoretischen Ausrichtung grenzen die Herausgeber_innen den Band in der Einleitung explizit von den dominierenden *policy*-orientierten Studien ab und formulieren das Ziel, die „soziale Organisation von Bergbau und damit verbundene Lebensgrundlagen“, die „verschiedenen in den Bergbau involvierten Akteure“ sowie „Kontinuitäten als auch Wandel“ (9) im Rahmen von Bergbau-Aktivitäten nachzuvollziehen. Wie auch der Titel des Bandes verdeutlicht, rekurren die Autor_innen in ihren Analysen auf das aus den Geschichtswissenschaften hervorgegangene *frontier*-Konzept, das in einem „räumlichen, sozialen und metaphorischen Sinne“ (14) Bergbau-Regionen nicht nur mit ökonomischen Aktivitäten verbindet,

sondern auch als imaginäre und soziale Räume auffasst, die mit bestimmten Ideen und Strukturen verknüpft sind.

Neben der Einleitung umfasst der Sammelband sechs Beiträge, von denen sich jeweils zwei mit Bergbau in der (prä-)kolonialen Ära, mit Bergbau im Kontext von Kriegsökonomien sowie mit spezifischen Mustern gegenwärtiger sozialer Welten von Bergbau befassen.

Im ersten Beitrag stellt *Eugenia W. Herbert* heraus, dass handwerklicher Bergbau in Subsahara-Afrika bereits in der präkolonialen Zeit von Bedeutung gewesen sei, zumeist jedoch eine saisonale Aktivität dargestellt habe. Dabei sei die Arbeitsteilung vor allem entlang der Kategorien Geschlecht und Alter verlaufen, ohne dass mit dem Bergbau spezifische soziale Veränderungen einhergegangen seien. Insofern attestiert sie schwer fassbare *mining frontiers*, da der Bergbau zu dieser Zeit „innerhalb der bestehenden sozialen Strukturen“ (30) erfolgt sei.

Am Beispiel des heutigen Ghana zeigt *Raymond E. Dumett* auf, dass die expandierende Entwicklung des Bergbaus während der Kolonialzeit nicht als Ergebnis einer singulären *mining frontier* betrachtet werden könne. Vielmehr seien „vielfältige, miteinander interagierende“ (33) *mining frontiers* festzustellen: Insbesondere das Zusammenspiel des traditionellen handwerklichen Bergbaus und der von europäischen Unternehmen vorangetriebenen mechanisierten Goldproduktion habe den Bergbau in Ghana und dessen soziale Auswirkungen auf eine spezifische Weise geprägt.

Paul Richards stellt den Bürgerkrieg in Sierra Leone in einen Zusammenhang

mit dem dortigen Bergbau. Entstehung und Aufstieg der Rebellenbewegung *Revolutionary United Front* (RUF) seien eng verwoben mit den sich in den 1990er Jahren herauskristallisierenden Bergbau-Camps, in denen vor allem junge Menschen einen Ausweg aus rigiden sozialen Verhältnissen einer lokalen *de-facto*-Sklaverei gesucht haben. Zugleich haben diese Camps der RUF Möglichkeiten der Rekrutierung geboten. Der Autor verdeutlicht, dass die RUF entgegen der häufigen Darstellung als einer an bloßen ökonomischen Gewinnen orientierten Organisation auch mit der Hoffnung auf einen alternativen Lebensstil und einer Befreiung aus den bestehenden Verhältnissen verbunden gewesen sei.

Filip de Boeck wendet sich den Auswirkungen der *diamond frontier* im Grenzgebiet der Demokratischen Republik Kongo und Angolas auf die lokalen sozialen und politischen Strukturen zu. Er legt dar, wie sich der Abbau von Diamanten sowie damit verbundene Aktivitäten und die lokalen Strukturen in einem sich wandelnden sozialen, politischen und ökonomischen Kontext reziprok beeinflusst haben. So kommt er zu dem Ergebnis, dass die mit der politischen Ökonomie der Diamanten verflochtenen, gewaltsamen Auseinandersetzungen die lokalen Eliten und Strukturen der Konflikteindämmung geschwächt haben, wodurch ein allgemeines Klima der Unsicherheit hervorgerufen worden sei.

Tilo Grätz beschäftigt sich mit einem Bergbau-Camp im Nordwesten Benins, das er als Ausdruck einer *mining frontier* auffasst. Der Autor konstatiert, dass das Camp-Leben im Sinne einer Marktlogik einerseits von dem Wunsch nach persönlicher Gewinnmaximierung gekennzeichnet sei, woraus Spannungen und

Konflikte entstehen. Andererseits seien Elemente einer *moral economy* zu beobachten, die in einer „sozialen Verteilung der Risiken und in Institutionen der Reziprozität“ (108) zum Ausdruck kommen. Aufgrund derartiger Strukturen lassen sich Bergbau-Camps entgegen typischer Bilder „weder als Orte sozialen Verfalls noch der moralischen Unordnung“ (115) beschreiben.

Schließlich zeichnet *Katja Werthmann* die Entwicklung des Goldbergbaus in Burkina Faso nach. Seit den 1980er Jahren existiere eine sich bis dato ausweitende handwerklich geprägte *mining frontier*, die insbesondere für junge Männer, aber auch für Frauen Möglichkeiten ökonomischer und sozialer Unabhängigkeit sowie alternative Lebensstile biete, zugleich aber mit Konflikten einhergehe, etwa zwischen den Generationen oder Dorfbewohner_innen und Goldschürfer_innen. Die seit der letzten Dekade koexistierende industrielle *mining frontier* könnte die handwerkliche zurückdrängen, ihre Auswirkungen seien derzeit aber noch ungewiss.

Insgesamt gelingt es den Autor_innen über detaillierte Beschreibungen die Kontinuitäten und Wandlungsprozesse der sozialen Organisation des Bergbaus in verschiedenen afrikanischen Ländern darzulegen. Auf diese Weise liefert der lesenswerte Band Anregungen zum Weiterdenken und verdeutlicht nachdrücklich, dass es sich bei den mit dem Bergbau einhergehenden sozialen (Wandlungs-)Prozessen um ambivalente Phänomene handelt, die sich eindimensionalen Erklärungen und simplifizierenden Bewertungen entziehen.

Kritisch zu bemerken ist, dass die einzelnen Beiträge relativ unverbunden nebeneinanderstehen. Das

frontier-Konzept bildet zwar eine gemeinsame Klammer, das ohnehin diffuse Konzept wird einleitend aber eher schemenhaft skizziert und auch in den Beiträgen selbst kaum ausgeführt. Zudem werden die Beiträge in der knapp gefassten Einleitung nur teilweise vorgestellt und lediglich sporadisch in die bisherige Forschungsliteratur eingebettet. Daher bleibt weitgehend offen, wie sich der Sammelband zu bereits existierenden Arbeiten verhält. Ein abschließendes, zusammenführendes Kapitel wäre in dieser Hinsicht sicherlich hilfreich gewesen.

Marika Gereke

Olaf Kaltmeier (Hg.): *Selling EthniCity. Urban Cultural Politics in the Americas*. Farnham: Ashgate 2011, 291 Seiten

Der in den letzten Jahren in öffentlichen oder auch politischen Diskussionen häufigere Gebrauch des Wortes „Ethnizität“ (und verwandter Worte wie etwa „ethnisch“, „ethnisiert“ oder der gern verwendeten Wortverbindung Ethno-) zeigt u.a. auf, welche Bedeutung den scheinbar „neu entdeckten“ Zugehörigkeiten von Menschen in urban-globalisierten Lebenskontexten zukommt. Häufig wird auf diese Terminologie zurückgegriffen, wenn über Fremdheit, Differenz, „Anderssein“ oder diskriminierte, ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen gesprochen wird. Die „multikulturelle Vielfalt“ städtischer Lebensräume oder die „Einzigartigkeit“ bzw. „Authentizität“ kulturell determinierter Phänomene soll damit unterstrichen und hervorgehoben werden. Selten wird das Konzept der „Ethnizität“, das die selbst- oder fremdbestimmte Zugehörigkeit von Menschen zu einer Gruppe (auf Grund einer gemeinsamen

Sprache, regionalen Herkunft, Geschichte etc.) bezeichnet, jedoch als dynamisch und situativ verhandelbar definiert.

Umso spannender ist es, den vorliegenden, ambitionierten Sammelband zu studieren. Dieser ist im Anschluss an die im Mai 2009 durchgeführte, gleichnamige interdisziplinäre Konferenz am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung (ZIF) in Bielefeld entstanden und war damit Teil der Aktivitäten der 2008 bis 2010 dort angesiedelten Forschungsgruppe *E Pluribus Unum? Ethnic Identities in Transnational Integration Processes in the Americas*.

In der Einleitung des Sammelbandes verweist Olaf Kaltmeier auf die weltweit zunehmenden, urbanen Vermarktungspraktiken, die lokal existierende, „kulturell“ konnotierte und determinierte Lebensbereiche strategisch aufwerten, um bestimmte urbane Images zu kreieren. Die Kategorie „Ethnizität“ erhält dabei eine besondere urban-politische Bedeutung, die in den 15 Beiträgen des Bandes aufgezeigt und im Kontext der „Urban Cultural Politics“ in den Amerikas kritisch diskutiert wird.

Wird über „Ethnizitäten“ gesprochen oder geschrieben, so ist immer darauf zu verweisen, dass diese unterschiedlich definiert, oft strategisch eingesetzt und kontrovers diskutiert werden. „Ethnische“ Identitäten und ihre (lokalen) Bedeutungen für urban-globalisierte Lebenszusammenhänge können nur im Kontext der Lebenswelten konkreter Personen und Gruppen verstanden werden. Die AutorInnen des Bandes tragen dieser dynamischen Eigenheit von „Ethnizität“ Rechnung, indem sie die Heterogenität urbaner AkteurInnen in den Mittelpunkt ihrer Analysen stellen. Sie erfassen den städtischen Raum als Ort der Interaktion

und Kommunikation zwischen Menschen, Gruppen, Institutionen etc. und damit auch als Ort der Zeichen und Symbole gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gleichzeitig diskutieren sie den Umgang der urbanen Bevölkerung mit der Vermarktung „ethnischer“ Identitäten, befassen sich mit neu definierten ökonomischen Sektoren wie *ethnic businesses*, z.B. den touristischen Angeboten, die an „multikulturelle“ Kontexte gekoppelt sind, sowie dem *city branding*, das gewissen Städten bestimmte Charakteristika zuschreibt. Gleichzeitig nimmt die Publikation die fallweise positive Neu-Bewertung von „ethnischen“ Identitäten in urbanen Räumen, die strategisch genutzt werden, um sozialen Wandel, eine Verbesserung der Lebensbedingungen sowie ein Empowerment diskriminierter Gruppen zu ermöglichen, in den Blick.

Dieses Thema regional im Kontext nord- und südamerikanischer, westlich-neoliberal organisierter Großstädte zu diskutieren, ist besonders relevant (3f): Die Amerikas weisen seit einigen Jahrzehnten die höchste Urbanitätsrate weltweit auf, postkoloniale Erfahrungen und Lebensbedingungen sowie bemerkenswerte soziokulturelle Prozesse – die u.a. durch das Ausverhandeln „ethnischer“ Identitäten und kultureller Zugehörigkeiten bestimmt werden – prägen den urban-globalisierten Alltag der Menschen. Urbane Diskurse um die Bedeutung der „Multikulturalität“ sowie der politische Umgang mit ethnischer Diversität (und die Kritik daran) machen die Großstädte Amerikas zu einem „globalen Bezugspunkt“ (4). In Bezug darauf plädiert Kaltmeier für die Berücksichtigung von drei historisch begründeten ethnischen Differenzierungen, die heute noch – verschränkt miteinander – den Ethnizitätsdiskurs,

besonders in den Amerikas, bestimmen: Er verweist auf die Bedeutung von Städten in kolonialen Kontexten, die meist als jene Orte galten, an denen Machtgefüge und Artikulationen der Beziehungen zwischen den Kolonisierten und den Kolonialherren am deutlichsten sichtbar wurden. Nach dem Erreichen der Unabhängigkeit von den „Mutterländern“ galten die amerikanischen Städte als strategische Punkte der Nationalstaatenbildung, als Symbole (*icons*) der jungen Nationen und ihrer postkolonialen, kreolischen Eliten. Im 20. Jahrhundert wurden die Städte zu Knotenpunkten einer weltweiten neoliberalen Ökonomisierung und damit auch konkrete Orte der Vermarktung urbaner, ethnischer Identitäten in einer globalisierten Konsumgesellschaft.

Der umfangreiche Band besteht aus vier thematischen Abschnitten. In Teil I beschäftigen sich die AutorInnen mit den Mardi-Gras-Aktivitäten (Fastnachtsfeiern) in New Orleans (*John R. Gold*), der Kommodifizierung des Blues in Chicago (*Wilfried Raussert & Christina Seeliger*), dem Einsatz von Graffiti in Oaxaca/Mexiko (*Jens Kastner*) sowie den gewaltvoll-erniedrigenden Attacken seitens der mestizischen und weißen Bevölkerung gegenüber indigenen BäuerInnen in Sucre/Bolivien (*Juliana Ströbele-Gregor*). Sie diskutieren dabei den performativen „Einsatz“ von Ethnizitäten in öffentlichen Räumen, damit verbundene identitätsstiftende Repräsentationsstrategien und historisch gewachsene Machtverhältnisse.

Teil II des Buches thematisiert die soziokulturellen Konstruktionen, die für Menschen mit urbanen (oft postfordistisch vermarkteten) Räumen und Orten verknüpft sind. Dabei werden konkrete Vermarktungsstrategien für historisch

bedeutsame Stadtteile ebenso beschrieben wie stadtplanerische Maßnahmen zur semantischen Neubestimmung von migrantischen Wohnvierteln. Als eindrückliche Beispiele hierfür dienen das von *Olaf Kaltmeier* analysierte multifunktionale und „retro-neo“-koloniale San Luis Shopping Center in Quito oder zwei Gebäude des Jewish Community Centers in der Metropolregion Detroit, deren Gestaltung und Nutzung von *Julie TelRav* diskutiert wird. *Ruxandra Rădulescu* beschäftigt sich mit dem Bild Seattles in den Texten des indigen-amerikanischen Autors Sherman Alexie, der oft strapazierte Stereotype zu „ethnischer Authentizität“ oder hybriden Identitäten aufnimmt und im Kontext urban-kultureller Politiken dekonstruiert. Schließlich stellen *Jens Martin Gurr & Martin Butler* die *Multi-media-Docufiction* „Bleeding Through: Layers of Los Angeles 1920-1986“ vor und erläutern, welchen Einfluss mediale Darstellungen auf die kulturelle Repräsentation urbaner Vielfalt haben können.

Strategisch-politische (Neu-)Bewertungen von Ethnizitäten stehen im Mittelpunkt von Teil III des Bandes, der die urbanen Bedeutungen des „kulturellen Erbes“ beleuchtet und gleichzeitig die entsprechenden (kapitalistisch-neoliberalen) Vermarktungsstrategien kritisch analysiert. *Fernando Carrión Mena & Manuel Dammert Guardia* diskutieren Maßnahmen zur Restaurierung und Revitalisierung der Altstadt von Quito. Mit der Analyse dieser urbanen Auf- und Umwertungsmaßnahmen entlang der drei Interventionsachsen – Straßenhandel, Tourismus sowie Grund- und Hausbesitz – verweisen sie auf die zunehmende urbane Segregation und Fragmentierung des historischen Zentrums. Komplementär zum Beitrag von

Gold erklärt *Nina Möllers* Entstehen und Bedeutung hybrider, kreolisierter Identitäten sowie des Konzepts des „Multikulturalismus“ für New Orleans.

Ricardo López Santillán befasst sich mit indigenen Mayas in Mérida und zeigt, wie das „Marketing“ von Ethnizität und der Verweis auf ein „kulturelles Erbe“ zu einem symbolischen Kapital werden kann, das es den AkteurInnen ermöglicht, Gesellschaft ökonomisch und politisch mitzugestalten. Interessant ist die Auseinandersetzung *Alicia Menéndez Tarrazos* mit der kanadischen Stadt Vancouver. Sie beschreibt diese – historisch wie auch aktuell – als „Stadt der NeueinsteigerInnen“ und MigrantInnen, in der ein positiv konnotierter Umgang mit ethnischer Diversität für Politik und EinwohnerInnen zu einer identitätsstiftenden, urban-politischen Kategorie geworden ist. In diesen Kontext eingebettet analysiert sie literarische Texte lokaler AutorInnen aus den letzten drei Jahrzehnten und entdeckt in ihnen (urbane) Diskurse und Narrative zu den Themen Multikulturalismus, den differenzierten Wahrnehmungen ethnischer Diversität sowie die damit verknüpften In- und Exklusionsmechanismen im urbanen Lebensalltag.

Den thematischen Abschluss bildet Teil IV mit Beiträgen zum Phänomen der Gentrifizierung in der postfordistischen Stadt, konzentriert sich also auf verschiedene Auf- und Umwertungsprozesse, die meist an Strategien zur Vermarktung städtischer Räume gekoppelt sind. *Eric C. Erbacher* beschäftigt sich mit Ethnizitäts- und Diversitätskonzepten, die er als wichtigen Teil eines urbanen Wertesystems der *gentrifiers* verstanden wissen will (246f). Strategien, mittels Massenmedien bestimmte Stadtteil-Images zu kreieren und zu vermarkten, stehen im Zentrum

seiner Analyse von „ethnic consumption places“ in Chicago und Williamsburg. *Ulises Zarazúa Villaseñor* thematisiert „No-go areas“ in Guadalajara und stellt sie den „chic places“ der Stadt gegenüber. Er zeigt, wie durch Stigmatisierung und das Schüren von Vorurteilen gegenüber „Anderen“ urbane Segregationsprozesse gestärkt werden (264f). Abschließend untersucht *Selma Siew Li Bidlingmaier* die Chinatowns in San Francisco und New York und diskutiert die Entstehung und Manifestation der jeweils spezifischen negativen Konnotationen, die diesen Stadtteilen anhaften. Anhand der vorgestellten Beispiele dekonstruiert sie einmal mehr die lange Zeit als „natürlich“ gedachte Verschränkung von ethnischer Zugehörigkeit und Raum („ethnische Dörfer in der Stadt“), zeigen sie doch, dass Stadtteile nie „für sich“ stehen, und nur in einem verschachtelten Beziehungsgeflecht mit anderen Stadtteilen – in einem städtischen Gesamtgefüge – verstanden werden können.

Der Sammelband führt wichtige Debatten der aktuellen Lateinamerikaforschung zusammen: Die interdisziplinäre Gruppe von AutorInnen thematisiert die zunehmende Ökonomisierung „kulturell“ besetzter urbaner Räume in den Amerikas, und erklärt diese Dynamiken mit dicht beschriebenen Fallbeispielen. Konsum- und Stadtforschungsansätze werden gemeinsam diskutiert. Damit wird auch eine inhaltliche Lücke in der Diskussion um Lateinamerikas Städte geschlossen.

Die sorgfältig zusammengestellten Beiträge zeigen die eingangs erwähnte „Verhandelbarkeit“ von „Ethnizität“ auf und unterstreichen die Notwendigkeit eines sorgsam Umgangs mit Terminologien, die „über die Anderen“ etwas aussagen. Obwohl einige AutorInnen in

ihren Beiträgen versuchen, eine Standortbestimmung der „Ethnizitätsdebatte“ in ihren Disziplinen einzubringen und auf die Notwendigkeit verweisen, kulturelle und ökonomische Kategorien intersektional, überlappend zu lesen, bleibt eine diskursive Auseinandersetzung mit dem Terminus „Ethnizität“ aus. Die Vielfalt der Beiträge und Perspektiven trägt gleichwohl dazu bei, dem Konstrukt „Ethnizität“ auf die Spur zu kommen und es in seiner lokal-global zu verhandelnden Komplexität zu begreifen.

Die Ernsthaftigkeit des Buchprojekts wird durch die Tatsache unterstrichen, dass den vier großen Abschnitten des Bandes jeweils eine thematische Einführung mit umfangreichen Literaturhinweisen vorangestellt ist, der es den LeserInnen (und vor allem Studierenden) ermöglicht, einen Einblick in den aktuellen Stand der Forschung zu erhalten. Die Einbettung der Beiträge in „das große Ganze“ gelingt dadurch sehr gut. Das Buch ist damit unentbehrlich für jede kultur-, sozial- oder wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtete Bibliothek, lesenswert für alle Stadtforschenden sowie an aktuellen Debatten zu Lateinamerika Interessierten.

Maria Dabringer

Renato Raul Boschi (Hg.):
*Variedades do capitalismo,
política e desenvolvimento na
América Latina*. Belo Horizonte:
Editora UFMG 2011, 374 Seiten

Das Buch verspricht einen an Kategorien des Spielarten-des-Kapitalismus-Ansatzes (*Varieties of Capitalism*, VoC) angelehnten Vergleich politischer Systeme Lateinamerikas und veröffentlicht erste Ergebnisse eines vom Herausgeber geleiteten Forschungsnetzwerkes an

verschiedenen politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten in Rio de Janeiro. Regionale Unterschiede im Übergang vom Neoliberalismus der 1990er Jahre zu einem auf Staatsinterventionismus basierenden politischem Projekt stehen dabei im Fokus.

Die drei einleitenden theoretischen Kapitel beschäftigen sich mit Fragen der Anwendung des VoC-Ansatzes auf Lateinamerika: Auf Kontinuitäten und Brüche zwischen den brasilianischen Regierungsperioden von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) und Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) geht Renato Boschi ein. In der Umwandlung des Staates zum Hoffnungsträger eines entwicklungspolitischen Projekts sieht er dabei den entscheidenden Unterschied dieser Perioden (11). Insbesondere sozialpolitische Maßnahmen könnten diesem politischen Projekt als Instrumente zur Überwindung von Unterentwicklung und Ungleichheit dienen. Die hierfür notwendige akademische und politische Konsensbildung stehe noch aus, werde jedoch im Entwicklungsparadigma des *Neodesenvolvimentismo*¹ der Regierung Lula verfolgt (13-15). In der Analyse dieses Projektes erkennt er die „Interdependenz“ zwischen Staat und Produktionsregime dann zwar theoretisch an, schränkt diesen Aspekt allerdings zu Gunsten eines Verständnisses, welches den „Erfolg“ von Institutionen an deren Auswirkungen auf wirtschaftliche Entwicklung misst, wieder ein (27). Eli Diniz identifiziert den derzeitigen politischen Wandel zu mehr Staatsintervention als „kritischen Moment“ (*conjuntura crítica*) und sieht somit eine grundlegende Veränderungsmöglichkeit der regionalen Entwicklungsmodelle: Historische „Defizite“

lateinamerikanischer Staaten (niedrige Effizienz und begrenzte Kapazitäten) würden durch die entwicklungspolitische Neuausrichtung bearbeitbar. So könne eine „dichotome Logik der Konfrontation“ zwischen Staat und Markt (48) vermieden und etwaige Interessenwidersprüche kanalisiert werden (48f). Den so gerahmten Entwicklungsstaat versteht sie als einen aktiv gegen Ungleichheit handelnden Akteur. Einen Schritt weiter in der Analyse des Übergangs zwischen den politischen Projekten geht Flavio Gaitán, wobei er auch auf die theoretischen Vorläufer des *Neodesenvolvimentismo* eingeht. Seine Untersuchung der Einkommensverteilung, die er als die entscheidende Problemstellung Lateinamerikas identifiziert, führt ihn zu der Annahme, ein neues Kräftegleichgewicht zwischen politischen Projekten ermögliche eine begrenzte Umverteilung, habe aber vor allem armutsreduzierende Effekte (70-72). So könne sich aktuell ein regionales Modell „koordinierter Marktökonomie“ entwickeln (66).

Anschließend untersuchen neun empirisch ausgerichtete Kapitel die Vielfalt dieser politisch-institutionellen Neuausrichtung. Sie ergänzen die vorherrschende Konzentration des Bandes auf Brasilien durch Vergleiche mit Argentinien (drei Artikel), Chile und Venezuela (je ein Artikel). Arnaldo P. Lanzara erklärt die Pfadabhängigkeiten im brasilianischen und chilenischen Wohlfahrtsstaat und wie sich eine „hybride“ Form aus öffentlichen und privaten Renten- und Gesundheitssystemen herausbildete. Dabei zieht er starke Bürokratien im jeweiligen Subsystem unter dem Stichwort Korporatismus als Beispiel für Akteursverhalten heran (110-112). Staatliche Eliten sind ebenfalls das Thema von

Carlos H. V. Santana. Unter Rückgriff auf die Perspektive des diskursiven Institutionalismus beobachtet er Veränderungen in den Rekrutierungsmustern polit-ökonomischer Institutionen Brasiliens (Entwicklungsbank BNDES, Zentralbank und Finanzministerium) zugunsten von heterodoxen, brasilianischen Fakultäten (131f). Damit werde ein Hegemoniewechsel im brasilianischen Finanzsektor möglich. Mit diesem Sektor beschäftigt sich auch *Rodrigo de Almeida*. Er attestiert der BNDES eine pfadkonforme Rolle als langfristiger Finanzier brasilianischer Industrieentwicklung und Weltmarktintegration (188). *Yuri Kasahara* betrachtet die Rolle und den Einfluss des Finanzsektors im Zusammenspiel mit staatlichen Institutionen. Unter Rückgriff auf den historischen Institutionalismus untersucht er die Annäherung zwischen Regierungsprojekt und nationalen UnternehmerInneninteressen (199). Leider reflektiert er dabei kaum die ebenfalls gut organisierte Beschäftigtenseite. *Victor Acselrad* analysiert schließlich die institutionelle Einbettung des „Agrobusiness“ in Brasilien.

Einen Vergleich der Entwicklungspfade von Brasilien und Argentinien präsentieren die Beiträge von *Verónica Cruz*, *Andrés del Río* sowie von *Eduardo R. Gomes & Fabrícia C. Guimarães*. Cruz untersucht die Pfadabhängigkeiten in den Reformen der Elektrizitätsnetze und empfiehlt einen Ausbau staatlicher Regulierungskapazitäten, während del Río einen Vergleich der Verfassungsgerechtigbarkeiten unternimmt. Der Artikel von Gomes & Guimarães zielt auf die staatliche Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen ab und betont darin die Auswirkungen wachstumsfördernder Politiken. Der letzte Beitrag vergleicht

die „Kapitalismen“ Venezuelas und Brasiliens. Stärker als andere Artikel entfernt sich *Wallace dos Santos de Moraes* mit der Betrachtung der Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Regierungspolitiken von institutionalistischen VoC-Ansätzen. Vielmehr nähert er sich akteurszentrierten Ansätzen an (366f, ähnlich Lanzara: 97, 113).

Der Anspruch des Buches, einer lateinamerikanischen Kapitalismus-„Spielart“ auf die Spur zu kommen, wird durch die Überrepräsentation Brasiliens stark begrenzt. Eine Eingrenzung der Aussagekraft und des Gegenstandes wären hier angebracht gewesen. Zwar verfolgt das Buch das Ziel, die Rolle des Produktionsregimes in der kapitalistischen Peripherie herauszuarbeiten (13). Die neoinstitutionalistisch inspirierten Analysen des *Neodesenvolvimentismo* und ein Rückgriff auf Kategorien des VoC, insbesondere das Erklärungsmuster der Pfadabhängigkeit, scheinen den Blick auf das Verhältnis zwischen Institutionen und Produktionsregimen aber eher zu begrenzen. Die zentrale Forderung nach einer Überwindung eurozentrischer Erklärungsmuster (8f) wird so jedoch nicht erfüllt, da das Verhältnis zwischen lokalen Produktionsregimen und Institutionen nur in der Wirkung des funktionalistisch gefassten Entwicklungsstaates auf die Produktion berücksichtigt wird, nicht aber in umgekehrter Richtung. Sinnvoll wäre daher eine Blickerweiterung auf akteurszentrierte und strukturalistische Ansätze, etwa die Machtressourcentheorie. Einen eigenen Schwerpunkt setzen Beiträge zur Rolle von wirtschaftlichen Eliten, womit eine in Brasilien von Renato Boschi und Eli Diniz geprägte Analyseperspektive fortgeführt wird.

Aufgrund der Öffnung für lateinamerikanische „Spielarten“ und der punktuellen Abweichung von VoC-Perspektiven stellt der Band einen wichtigen Beitrag zur vergleichenden Kapitalismusforschung dar, wenngleich die theoretische Fundierung lokaler Typen, wie einige Autoren anmerken, noch aussteht. Diese Reflexion lässt auf weitere und vertiefte Erkenntnisse aus Rio de Janeiro hoffen.

Paul Hecker

Anmerkung

- 1 Auch *Neodesarrollismo*; Bezeichnung für die post-keynesianische Orientierung aktueller Regierungsprojekte v.a. in Brasilien und Argentinien, in Abgrenzung zum Neoliberalismus.

Benjamin Opratko: *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2012 (= Einstiege, Bd. 21), 219 Seiten

Ausgangspunkt der vorliegenden Überlegungen war die aktuelle „politische Debatte um die ‘Hegemonie des Neoliberalismus’“ (15). Der Begriff schien zunächst so vieles zu erklären, was aus kritischer Perspektive sonst unverständlich aussah. Aber die Einschätzungen der beteiligten Autoren fielen so unterschiedlich wie überhaupt nur denkbar aus. Um einen Ausweg aus dem resultierenden theoretischen Chaos zu finden, bedarf es in Benjamin Opratkos Augen der „Verständigungsarbeit“; sie zu leisten ist sein Ziel.

Er beginnt sie mit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Hegemoniekonzept im Werk von Antonio Gramsci, auf den sich (mit mehr oder weniger großer Berechtigung) nahezu alle berufen, die den Begriff benutzen. Die

Schwierigkeit dabei ist, wie allen Kommentatoren bewusst ist, dass Gramsci in den mehr als 2.000 Seiten umfassenden fragmentarischen „Gefängnisheften“ keine systematische Hegemonietheorie ausgearbeitet hat (ausarbeiten konnte) – so wenig wie eine systematische Theorie der Zivilgesellschaft, der Intellektuellen oder des Alltagsverständes. Die daraus resultierenden Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten versucht Opratko gar nicht erst wegzunutzen. Einige Grundüberzeugungen, die überall auftauchen, wo Gramsci von „Hegemonie“ spricht, glaubt er dennoch herausarbeiten zu können. Zentral ist dabei die Überlegung, dass, „[p]olitische Macht im modernen kapitalistischen Staat ... nicht nur, und nicht in erster Linie, auf der potenziellen oder tatsächlichen Ausübung von Zwang und Gewalt [beruht], sondern auf der stetig produzierten und reproduzierten Zustimmung der Beherrschten“ (13). Hegemonial ist eine Herrschaftsordnung, in der „Zwang und Konsens ... sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt“ (40 – Gramsci-Zitat). Dabei wäre es ein „theoretischer Fehler“, die Unterscheidung zwischen Zwang und Konsens aus einer „methodischen“ zu einer „organischen“ zu machen und sie in realen gesellschaftlichen Gebilden – „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ z.B. – verkörpert zu sehen; realiter sind die beiden stets ineinander verwoben. Das zentrale Medium, über das die Zustimmung der Beherrschten zu ihrer Beherrschung in der kapitalistischen Gesellschaft in erster Linie bewerkstelligt wird, ist der *senso commune*, der Alltagsverstand. Was diesen vor allem charakterisiert, ist sein widersprüchlicher, „inkonsequenter“ und

„inkohärenter“ Charakter, ein „konfuses Konglomerat“ von Fragmenten aus allen historischen Epochen, mechanisch auferlegt von der Umwelt. Diese – in normalen Zeiten gar nicht ins Bewusstsein tretende – Widersprüchlichkeit vor allem sorgt dafür, dass der Alltagsverstand so gut wie ausschließlich als Stütze der Herrschaft der herrschenden Klassen dient. Die Entwicklung konsistenter Gegenstrategien in den beherrschten Klassen setzt voraus, dass diese sich (mit Hilfe ihrer „organischen Intellektuellen“) jene Widersprüche bewusst machen. Nur so kann die kulturelle Hegemonie der herrschenden Klassen ins Wanken gebracht werden – und solange sie besteht, kann auch kein „Frontalangriff“ auf den Staat erfolgreich sein. Erschwert wird der subalterne Kampf um Hegemonie noch durch zwei weitere Dinge: Erstens dadurch, dass die Apparate der „Zivilgesellschaft“ – von Schule und Kirche bis zu Sport- und Musikvereinen – regelmäßig als Stützen wie als Artikulatoren des Alltagsverstandes dienen und dessen Widersprüche zu verkleistern helfen. Zweitens dadurch, dass Hegemonie immer Kompromisse zwischen den beteiligten Klassen, Schichten, Fraktionen voraussetzt. „Erst wenn die eng definierten, ökonomisch-unmittelbaren Interessen einer Klasse oder Klassenfraktion überschritten werden, kann von Hegemonie gesprochen werden“ (60f). Dies gilt wohlgerne nicht nur zwischen verschiedenen Untergruppierungen der herrschenden Klasse (etwa Adel, Industrie-, Finanz-, Agrarbourgeoisie), sondern auch zwischen diesen und (zumindest) Teilen der subalternen Klassen: Auch sie müssen „konsensbasiert und kompromissvermittelt in einen historischen Block eingebunden werden“

(119), anders kann von Hegemonie keine Rede sein. In den „führenden Gruppen“ setzt dies auch „Opfer korporativ-ökonomischer Art“ voraus, die allerdings niemals „das Wesentliche betreffen können“ (43 – Gramsci-Zitat), nämlich die Klassenherrschaft als solche.

Als nächstes analysiert Opratko den Hegemoniebegriff in der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ), insbesondere bei Robert Cox, Stephen Gill und dem „Amsterdamer Projekt“ um Kees van der Pijl. Ihnen allen gemeinsam ist die Intention, „den gramscianischen Hegemoniebegriff (...) auf die globale Analyseebene zu heben“ (67). Cox entwickelt hierzu zunächst in ziemlich langatmigen und nicht sonderlich originellen terminologischen Überlegungen ein begriffliches Schema, in dem „historische Strukturen“ oder „Produktionsverhältnisse“ durch sich wechselseitig beeinflussende „materielle Kapazitäten“, „Institutionen“ und „Ideen“, auf globaler Ebene zusätzlich durch „Staatsformen“, „Weltordnungen“ und „soziale Kräfte“ definiert werden. Entscheidend ist für ihn, dass auf dem Feld der internationalen Beziehungen nicht mehr – wie im Mainstream der IB-Forschung – Staaten die zentralen Akteure sind, sondern „soziale Kräfte“, „worunter Klassen, Klassenfraktionen, aber auch einfach ‘Gruppen’ verstanden werden können“ (75). Opratko moniert zu Recht, dass mit dieser Operation zwar sowohl der gängige methodologische Nationalismus als auch der orthodoxe Klassenreduktionsismus vermieden wird, aber „um den Preis einer krassen Unterbestimmung“ (ebd.) der dafür vorgeschlagenen Kategorie. Spannender sind ohnehin die historisch-empirischen Überlegungen von Cox, sein Versuch,

einer Periodisierung der internationalen politischen Ökonomie des Kapitalismus. Er unterscheidet zunächst drei Phasen: die „liberale Ordnung“ unter britischer Hegemonie von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, die Phase der „rivalisierenden Imperialismen“ bis nach 1945 und die „*Pax Americana*“ in den darauf folgenden Jahrzehnten, der sein Hauptaugenmerk gilt. Sie ist charakterisiert durch tayloristisch-fordistische Massenproduktion, die militärische Dominanz der USA, kollektive Vorstellungen von einer liberalen Weltwirtschaft ohne Handelsbarrieren, kombiniert mit keynesianischen Nachfragepolitiken, und eine Vielzahl internationaler politischer Institutionen wie IWF und OECD. All dies zusammen bewirkte eine „Anpassung der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitik an die Dynamik der Weltwirtschaft“ (87f). Diese Weltordnung beginnt in Cox' Sicht in der Mitte der 1970er Jahre auseinander zu bröckeln. Eine neue „transnationale Managerklasse“ entwickle sich, und die USA verlören ihre Rolle als „Modell der Produktivität für den Rest der Welt“ (90). Cox schließt daraus, dass die neue Weltordnung „nicht mehr als hegemonial beschrieben werden kann“ (ebd.) – eine These, deren Reichweite bei ihm allerdings ziemlich „nebulös“ bleibt. Zu einer ganz ähnlichen Zeitdiagnose – mit allerdings deutlich stärkerer Betonung der nicht-konsensualen Dimensionen der neuen Weltordnung – kommt auch Stephen Gill, für den sich nach der Krise der 1970er Jahre „Stabilisierungsformen der neoliberalen Übermacht“ durchgesetzt haben, die auf „tendenziell nicht-hegemoniale Machtpraxen“ hinauslaufen. Zwangsmomente treten auf Kosten der Konsensmomente in den

Vordergrund – Gill spricht auch von „disziplinierendem Neoliberalismus“ (96). Für das Amsterdamer Projekt dagegen ist der Neoliberalismus in der gegenwärtigen Weltordnung eindeutig hegemonial. Die materielle Basis dieser Hegemonie liege „in der stark verwissenschaftlichten Güter- und Dienstleistungsproduktion (Mikroelektronik, IT, Biotechnologie, Pharmazeutik, Medien)“ und damit in den „am stärksten transnationalisierten Sektoren der Industrie sowie des liberalisierten globalen Finanzkapitals“ (105). Entscheidend sei jedoch, dass der Neoliberalismus auf der ideologischen Ebene die „Grenzen des Möglichen“ abstecke. „Jede Alternative zur globalen Herrschaft des Kapitals ist zutiefst ‘unrealistisch’ und diskreditiert“ (106). Einigkeit scheint nach alledem zwischen den verschiedenen IPÖ-Ansätzen darüber zu bestehen, dass „die kapitalistische Organisation der Produktion sich über den ganzen Globus verbreitet“ (112) und dass dies die Entwicklung neuer, weltweit dominierender „sozialer Kräfte“ zur Folge hat. Einig ist man sich auch, dass „Elemente einer trans- oder internationalen Zivilgesellschaft existieren“ (ebd.), in der Konsensproduktion wie auch die Formulierung hegemonialer Strategien vor sich gehen. Nicht einig ist man sich vor allem über das Ausmaß an Zwang, das vorliegen muss, wenn eine bestimmte Ordnung als nicht-hegemonial gelten soll. Dabei herrscht insbesondere bei Gill die Tendenz vor, die Trennlinie zwischen Zwang und Konsens gar zu scharf zu ziehen. Allen Beteiligten wirft Opratko vor, sie würden Gramscis Einsicht, dass Hegemonie immer auch Teile der subalternen Klassen konsensbasiert und kompromissvermittelt in einen historischen Block einbinden müsse,

ignorieren und deshalb die Dimension des „Alltagsverstands“ als Terrain der Auseinandersetzungen um Hegemonie vernachlässigen.

Bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die Opratko als nächste behandelt, wird in seiner Sicht Hegemonie „zur Logik des Politischen schlechthin“ erhöht. „Jegliche Struktur des Sozialen, alle Verhältnisse sind also nichts anderes als das Ergebnis von Hegemonie“ (139). Um dies zu verstehen, muss man zunächst nachvollziehen, dass für die beiden „das Soziale mit dem unendlichen Spiel der Differenzen gleichgesetzt werden [muss], d.h. damit, was wir im strengsten Sinn als *Diskurs* bezeichnen können“ (132 – Zitat Laclau & Mouffe). In einem Diskurs entstehen Bedeutungen und somit auch Identitäten nicht aus den in ihm bezeichneten Dingen selbst, sondern nur „aus den differenziellen Beziehungen zu anderen Bedeutungen“ (132). Diese Differenzen bilden jedoch kein fixes, auf ewig festgelegtes System, sie sind in ständigem Wandel begriffen, prekär, widerruflich und widersprüchlich. Mit diesem unendlichen Spiel der Differenzen kann sich „das Soziale“ jedoch niemals zufriedengeben. Es muss stets versuchen, „die Unendlichkeit zu domestizieren, sie in die Endlichkeit einer Ordnung einzufangen“ (133 – Zitat Laclau) – und damit immer wieder scheitern. Unternommen wird dieser Versuch in der Praxis der „Artikulation“, in der „Äquivalenzketten“ hergestellt werden. Darin werden die Differenzen aller Bedeutungselemente eines Diskurses durch Hinweis auf etwas ihnen allen Gemeinsames, eine Identität ausgelöscht, welche ihrerseits alleine durch Abgrenzung vom radikal Anderen bestimmt wird. Wo dies gelingt, ist ein Diskurs hegemonial. Hegemonie

ist also „eine artikulatorische Praxis, die *Antagonismen herstellt*“ (139): ein Innen und ein Außen. (Carl Schmitt hat so einst das Wesen des Politischen bestimmt.) Opratko kritisiert an dieser Position vor allem, dass sie (anders als Gramsci) „‘außerdiskursiven’ materiellen Verhältnissen keinerlei Bedeutung für politische Praxis zugesteht“ (142) – alles Soziale ist Bedeutung, und Bedeutung ist Differenz. Er gesteht Laclau und Mouffe zwar zu, dass sie „ein notwendiges Korrektiv anbieten gegenüber Ansätzen, die vor schnell fix und fertig konstruierte Akteure annehmen“ (143), beharrt aber darauf, dass „Verhältnisse wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Beschaffenheit von Produktionsverhältnissen, rassistische oder geschlechterspezifische Unterdrückungsverhältnisse den Prozessen der Hegemonisierung *vorgelagert* sein können und dadurch Subjekte und deren Interessen mitkonstituieren (ohne dass diese auf sie reduzierbar wären)“ (ebd.).

Im letzten Kapitel wendet sich Opratko der Wissenschaftstheorie des „kritischen Realismus“ (CR) um Roy Bhaskar zu in der Hoffnung, mit ihrer Hilfe „hegemonietheoretischen Ansätzen dort eine tragfähige Basis anbieten [zu] können, wo in den vorherigen Kapiteln Defizite und Unzulänglichkeiten ausgemacht wurden“ (154). So ganz nachvollziehen kann ich seine Begeisterung für diesen Ansatz nicht. „Realismus“ ist er, insofern er die Existenz einer von unserem Denken unabhängigen Wirklichkeit anerkennt, an der sich dieses Denken bewähren muss – was allerdings von keinem der zuvor dargestellten Ansätze bestritten wird, nicht einmal von Laclau & Mouffe, und schon gar nicht von Gramsci. „Kritisch“ ist er, insofern er davon ausgeht, dass unterhalb der Oberflächenenebene

der Ereignisse komplexe Strukturen mit der Fähigkeit existieren, Ereignisse zu erzeugen. Dies gilt nicht nur für die Natur-, sondern auch für die Sozialwissenschaften. „Soziale Strukturen müssen demzufolge als Verhältnisse behandelt werden, die nicht durch den Erkenntnisprozess, der Wissen über sie produziert, konstituiert werden“ (163). Dagegen ist kaum etwas einzuwenden. Wenn Opratko dann aber fortfährt, „Strukturen sind also keine ‘Idealtypen’ oder ‘Modelle’, die konstruiert werden, um ein bestimmtes Muster von Ereignissen kohärent darzustellen, sondern real existierende Verhältnisse“ (ebd.), dann klingt das gerade so, als hätte er einen direkten, von unseren Analysen, Beobachtungen, Beschreibungen unabhängigen Zugang zur Realität. In Wirklichkeit können wir von jenen Strukturen aber doch nicht einmal wissen, ob und in welcher Form sie überhaupt existieren, bevor wir sie analysiert haben. Als Glaubenssatz über die „reale“ Beschaffenheit der Welt scheint mir der Strukturalismus des CR nicht sonderlich fruchtbar zu sein – wohl aber als heuristisches Prinzip: Suche bei der Erklärung eines Ereignisses immer nach Tiefenstrukturen, die es produziert haben könnten! Dies geschieht ansatzweise in Jonathan Josephs „realistischem Hegemoniebegriff“. Joseph unterscheidet zwischen „struktureller Hegemonie“ und „Oberflächenhegemonie“. Die letztere erfasst den „Handlungsaspekt“ von Hegemonie, das „normale Verständnis des Konzepts als Kampf um Vorherrschaft“ usw. Dieser Handlungsaspekt aber „ist von einer darunter liegenden oder tieferen Ebene von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig, die deren Ausdruck als konkrete hegemoniale Projekte erst ermöglicht“ (172). Damit werden,

so Opratko, die strukturellen Aspekte hegemonialer Verhältnisse besser berücksichtigt als in den meisten anderen Ansätzen. Problematisch findet er jedoch, dass Joseph Kämpfe, Antagonismen und Widersprüche ausschließlich auf der Oberfläche der hegemonialen Projekte ansiedelt und aus der Tiefenstruktur – mit Marx zu sprechen: der Ebene der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse – verbannt. Ansatzpunkte für eine bessere Lösung sieht Opratko in Erik Ohlin Wrights Unterscheidung zwischen „Klassenstruktur“ und „Klassenformation“. Die Klassenstruktur ist im Kapitalismus eine antagonistische, durch fundamental entgegengesetzte Interessen bestimmte; Klassenhandeln kann „nur auf der Basis dieser gesellschaftlichen Tiefenstruktur entstehen“, ist „aber nicht auf diese reduzierbar“ (185). An dieser Stelle hätte ich mir eine ausführlichere Auseinandersetzung gewünscht, aber die hätte vom Thema Hegemonie wohl doch zu weit abgeführt.

Opratkos Unternehmen „Verständigungsarbeit“ scheint mir vollauf geglückt zu sein. Insbesondere die Schwachpunkte der verschiedenen Ansätze zur Konzeptionalisierung von Hegemonie in den Internationalen Beziehungen werden in aller wünschenswerten Klarheit herausgearbeitet. Als Grundlage für jegliche Weiterarbeit auf diesem Gebiet ist das Büchlein dringend zu empfehlen – ein rundum gelungener „Einstieg“.

Gerhard Hauck

Peter Tepe: *Ideologie*. Berlin: De Gruyter 2012, 225 Seiten

„Ideologieforschung ist unverzichtbar – sie muss aber erneuert werden“, sagt uns der Klappentext des vorliegenden Bandes.

Das Vorhaben ist löblich, aber eingelöst wird es nur sehr partiell. In den wesentlichen Punkten liefert der Autor nichts als eine Neuauflage der in den 1960er Jahren von Ernst Topitsch und Hans Albert entworfenen, 1972 von Topitsch und Kurt Salamun kanonisierten Ideologietheorie des „kritischen Rationalismus“. Zu kritisieren hat er an diesem Ansatz nur, dass er Ideologien ausschließlich als „bedürfniskonforme Irrtümer“ behandelt. Damit übersehe dieses Konzept, dass der Ideologiebegriff auch auf Weltanschauungen und soziopolitische Programme jedweder Art angewandt wird – unabhängig davon, ob diese bedürfniskonforme Irrtümer enthalten oder nicht. Eng damit zusammen hängt die Verknüpfung der Ideologietheorie von Topitsch und Salamun mit der liberalistischen Weltanschauung – die beiden übersähen, dass auch andere Weltanschauungen theoretisch ohne Beharren auf bedürfniskonformen Irrtümern auskommen könnten.

Die für seine gesamte Argumentation grundlegende Überzeugung übernimmt der Autor jedoch von Topitsch und Salamun: Es gibt kein absolutes, definitiv gesichertes Wissen, keine Letztbegründungen. Alles mit Absolutheitsansprüchen auftretende Denken sei dogmatisch. Wissenschaft aber habe undogmatisch zu sein und müsse sich deshalb mit jederzeit revidierbarem „verlässlichem Erfahrungswissen“ begnügen – und Weltanschauungen und soziopolitische Programme möglichst auch. Über den epistemischen Status des Postulats, dass definitive Gewissheit bzw. absolute Geltung unerreichbar sei, macht sich Tepe keine Gedanken. Um „Erfahrungswissen“ handelt es sich dabei freilich nicht – welche Erfahrung könnte ein solches Postulat jemals begründen oder widerlegen?

Also selbst „absolutes Wissen“ – das es doch gar nicht geben darf? Als jederzeit revidierbar behandelt er es jedenfalls nicht; die Gewissheit, mit der er es gegen seine als „dogmatisch“ attackierten wissenschaftlichen Gegner verfißt, steht deren Absolutheitsansprüchen in nichts nach. Zudem fällt die Zurückweisung von deren Überzeugungen auch dort, wo er sich auf mutmaßlich „verlässliches Erfahrungswissen“ beruft, in der Regel so schroff und endgültig aus, dass die Grenzlinie zur Berufung auf „absolutes Wissen“ ziemlich unscharf wird. So etwa, wenn er allen „deterministischen Manifestationstheorien der Ideologie“ seine – ohne weitere argumentative Begründung eingeführte – anthropologische These entgegensetzt, jede Ideologie müsse als „kreative Leistung einzelner menschlichen (sic!) Individuen“ (68) angesehen werden; weil sie dies nicht akzeptierten, unterliegen jene Theorien endgültig und ohne weitere Prüfung Tepes Verdammungsurteil des Dogmatismus – auch wenn sie explizit gar keine Letztbegründungsansprüche erheben.

Mit dieser Kritik soll selbstredend keiner Art von Dogmatismus das Wort geredet werden. Zurückgewiesen werden soll nur eine *inhaltliche* Bestimmung von Dogmatismus zugunsten einer *prozeduralen*. Ob ein bestimmter Denkansatz als „dogmatisch“ zu kennzeichnen ist, bemisst sich nicht danach, ob er an definitiv gesichertes Wissen glaubt, sondern danach, ob er sich auf die argumentative Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen einläßt. Dogmatisch ist eine Position, die bessere Argumente der anderen Seiten nicht zur Kenntnis nimmt oder nicht akzeptiert. Die beiden Definitionen sind verwandt, aber nicht identisch. Man kann das eine tun und das

andere lassen, kann z.B. die argumentative Auseinandersetzung verweigern, auch wenn man nicht an Letztbegründungen glaubt etc. Aber die prozedurale Konzeption vermeidet die oben aufgezeigten Aporien der inhaltlichen; sie muss nichts als definitiv gesichert annehmen, auch nicht, dass definitiv gesichertes Wissen nicht erreichbar ist.

An einer Stelle liebäugelt Tepe kurzzeitig selbst mit der prozeduralen Konzeption, wenn er schreibt: „Es ist wichtig, sich auf die Weltsicht des anderen ... ernsthaft einzulassen! Nur eine intensive Beschäftigung mit dem Denken des anderen führt zu einem tiefgreifenden wissenschaftlichen Verstehen“ (41f). In seinen ausgedehnten wissenschaftsgeschichtlichen Einlassungen zur Erläuterung seines Konzepts hat er dies jedoch schnell vergessen. Er referiert und kritisiert Auguste Comte, Karl Marx, Arthur Schopenhauer, Wilhelm Dilthey, Friedrich Nietzsche, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Jürgen Habermas, ohne auch nur ein einziges Werk dieser Autoren im Original gelesen zu haben. Im Literaturverzeichnis taucht keiner von diesen Namen auf, im Text werden sie alle nur aus zweiter Hand referiert, und auch dies fast niemals in Originalzitaten, nahezu ausschließlich als Referat eines Referats. Zugrunde liegen ausschließlich Überblickswerke wie die von Hans Barth (1974), Kurt Lenk (1984), Hans-Joachim Lieber (1985) und (nicht überraschend besonders häufig zitiert) Topitsch & Salamun (1972) sowie Topitsch (1988). All den genannten Klassikern wird Dogmatismus vorgeworfen, weil sie entweder Letztbegründungsansprüche erhoben oder mit einer der von Tepe postulierten anthropologischen Grundthesen in

Widerspruch gerieten – von ernsthaftem Sicheinlassen auf die Weltsicht des anderen keine Spur. Am grundlegendsten und bei weitem umfangreichsten fällt dabei (wiederum nicht überraschend) die Kritik am Marxismus und der kritischen Theorie aus. Nachzuweisen, dass Marx explizit Absolutheits- oder Letztbegründungsansprüche gestellt habe, gelingt Tepe auch mit seiner doppelt referierenden Methode nicht; aber die Marx'sche Theorie stehe halt im Widerspruch zu des Autors Thesen zur *conditio humana* und sei deswegen dogmatisch. Am frivolsten wird es in der Auseinandersetzung mit Habermas, den Tepe in einem einzigen Satz des Dogmatismus überführt: Habermas behaupte, „in der menschlichen *Sprache* sei das Ideal der unverzerrten sprachlichen Kommunikation verankert, das als verlässliche Richtschnur der Gesellschaftsveränderung dienen könne“ (201) – und das sei eine Letztbegründungstheorie, also Dogmatismus. Hätte er doch nur eine Zeile von Habermas gelesen!

Zusammengefasst: Eine dogmatische Dogmatismuskritik, eine Ideologietheorie, die sich in keiner Weise auf die argumentative Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen einlässt. Sie liest sie nicht im Original, kennt sie nur aus der – größtenteils äußerst parteiischen – Sekundärliteratur und maßt sich dennoch vernichtende Urteile über sie an. Und dies steht in Widerspruch nicht nur zu dem vom Autor selbst so schön formulierten Prinzip „erst verstehen, dann kritisieren“ (41), sondern auch zu den Grundregeln allen wissenschaftlichen Arbeitens. Dem Herausgebergremium und dem Verlag hätte es oblegen, dem entgegenzuwirken.

Gerhard Hauck

Romy Reimer: *Der „Blinde Fleck“ der Anerkennungstheorie.*

Münster: Westfälisches Dampfboot 2012, 186 Seiten

Die These der Verfasserin des vorliegenden Bandes vom „Blinden Fleck“ in der von Charles Taylor und Axel Honneth vertretenen Anerkennungstheorie geht zurück auf die Debatte zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth im Jahr 2003. Honneth vertritt dort die Position, dass der Kern *aller* Unrechtserfahrungen im Entzug von sozialer Anerkennung liege und dass selbst materielle Ungerechtigkeit noch als Ausdruck einer Verletzung von berechtigten Ansprüchen auf Anerkennung gedeutet werden müsse. Fraser setzt dem entgegen, nicht jeder Kampf um Anerkennung sei zugleich ein Verteilungskampf und *vice versa*. Deshalb seien sozio-ökonomische Umverteilung und kulturelle Anerkennung beide gleichermaßen gültige, unerlässliche und nicht aufeinander reduzierbare Vorbedingungen für eine gerechtere Weltordnung. Romy Reimer schließt sich hier ganz der – später noch um das „Prinzip der partizipatorischen Praxis“ erweiterten – Position Frasers an. (Unglücklicherweise vergisst sie im Literaturverzeichnis allerdings Fraser als Autorin anzuführen, sie erwähnt sie nur ein einziges Mal als Herausgeberin.) Sie bleibt dabei allerdings nicht bei der Wiedergabe von deren Kritik stehen, sondern vertieft diese unter Rückgriff auf Autoren wie Walter B. Michaels, Gabriele Wagner, Thomas Bedorf, Jürgen Habermas, Seyla Benhabib und Pierre Bourdieu noch um einiges. Ihr zentrales Argument ist, dass bei Honneth und Taylor „[n]icht die herrschende Ordnung, ihre Institutionen und die darin

verkörperten Anerkennungsnormen der modernen Gesellschaft ... Gegenstand von Kritik“ (73) seien, sondern nur unsere Vorurteile und Einstellungen gegenüber den Benachteiligten. An der bestehenden – kapitalistischen – Gesellschaftsordnung und der in ihr herrschenden strukturellen Ungleichheit werde nicht gerüttelt. Dazu passt Honneths (an Georg Wilhelm Friedrich Hegel anschließender) teleologischer Evolutionismus, für den das Wertsystem dieser Gesellschaftsordnung auf der höchsten Stufe einer universal gültigen Hierarchie anzusiedeln ist. Dazu passt weiterhin, dass Honneth übersieht, dass die bestehenden Anerkennungsnormen nicht unabhängig von den herrschenden Strukturen existieren, sondern von diesen „vorstrukturiert“ sind und sie „quasi automatisch reproduziere[n], auch wenn sie auf Unterdrückungsverhältnissen beruhen“ (91). Dazu passt schließlich, dass die Wir-Gruppen, um deren Identität es in den Anerkennungskämpfen geht, eben nicht die homogenen Gebilde sind, als die sie bei Honneth und Taylor erscheinen; das Recht, „zu verschiedenen kulturellen Vorgaben ... nein zu sagen“ (98) fällt unter den Tisch.

Das ist alles schlüssig formuliert und argumentativ überzeugend untermauert. In der „Schlussbetrachtung“ kommt dann allerdings, anknüpfend an ausführliche Referate zu Werken von Paul Ricoeur und Hannah Arendt, aber dennoch ziemlich überraschend und unvorbereitet, ein zweiter „Blinder Fleck“ zur Sprache. Es fehle der Anerkennungstheorie „ein Bezug zur verbindenden Anerkennung, einem ‘Wir’“ (170). Was damit genau gemeint ist, bleibt ziemlich undeutlich. Ich vermute: Gerechtigkeit setze nicht nur Umverteilung und

Anerkennung voraus, sondern auch die Gewährleistung demokratischer Strukturen in den um Anerkennung ringenden Gruppierungen, institutionelle Garantien dafür, dass relevante Entscheidungen auf diskursive Weise, in Diskussionen, in denen alleine der Zwang des besseren Arguments den Ausschlag gibt, zustande kommen.

Kritisch anzumerken wäre, dass die Autorin gar zu vieles referiert, was mit der Anerkennungstheorie von Taylor und Honneth allenfalls in sehr losem Zusammenhang steht. Wo bei Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau von Anerkennung überhaupt die Rede ist, geht es nicht wie bei jenen um personale Identität, sondern um die Legitimität von institutionellen Regelungen – Herrschaft und Eigentum vor allem. Von dem, was die Autorin zu Adam Smith und Johann Gottlieb Fichte referiert, geht kaum etwas in ihre spätere Argumentation ein. Und auch bei Karl Marx und Hannah Arendt, zu denen sie selbst erwähnt, dass der Begriff der „Anerkennung“ bei ihnen keine Rolle spielt, wird gar zu viel dargestellt, was weit von ihrem Thema abführt. In das Kapitel zu Marx hat sich zudem ein schlimmer Fehler eingeschlichen: Bei ihm werde „der Arbeiter“ zur „Ware“. Das wird er gerade nicht, zur Ware wird nur seine Arbeitskraft, die er als ihr freier Eigentümer auf dem Markt verkauft – was den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sklavenhaltergesellschaft ausmacht. Ungeachtet dessen ist das Buch als Einführung allen, die an kritischer Gerechtigkeitstheorie Interesse haben, sehr zu empfehlen – insbesondere in den Kapiteln, die sich direkt mit Honneth und Taylor sowie mit deren Kritikern befassen.

Gerhard Hauck

Walter Mignolo: *Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität*. Wien: Turia + Kant 2012, 207 Seiten

Nachdem der Verlag vor einigen Jahren bereits Gayatri Spivaks Aufsatz „Can the Subaltern speak?“ erstmals in deutscher Übersetzung herausgebracht hat, macht er mit dieser Veröffentlichung einen weiteren bedeutenden Denker der postkolonialen Studien dem deutschsprachigen Publikum zugänglich – zumindest mit einem ersten wichtigen Text.

Die informierte Einleitung der Übersetzer Jens Kastner und Tom Waibel stellt Walter Mignolos Untersuchung verständlich und sinnvoll in den Kontext größerer Debatten, auch wenn ihre von dem Autor übernommene Unterscheidung zwischen politisch intervenierender, dekolonialer lateinamerikanischer einerseits und akademischer (unpolitischer?), angelsächsischer, postkolonialer Theorie andererseits sicherlich bei manchen auf Unverständnis stoßen wird. Verdienstvoll ist hingegen ihre Sensibilität gegenüber einer antisemitischen Randbemerkung des ansonsten in dieser Hinsicht unverdächtigen Mignolo (26).

Der Text entstand als Ergebnis einer Diskussion innerhalb der Gruppe „Modernidad/Colonialidad“ um die Fortführung der Kritischen Theorie Max Horkheimers. Mignolo formuliert die „Dekolonialisierung der Erkenntnis als eine der dringlichsten Aufgaben“ (48). Dabei knüpft er an Enrique Dussel und v.a. an Anibal Quijano und sein Konzept der „Kolonialität der Macht“ an, demzufolge Machtbeziehungen in verschiedensten Bereichen von kolonialen Mustern durchdrungen sind. Eine solche

Dekolonialisierung ist nach Mignolo nur durch eine „Entkopplung“ von der Moderne zu bewerkstelligen, nicht durch theoretische „Transformationsprojekte“ wie das der Kritischen Theorie (54).

Der Autor unterscheidet – recht willkürlich – zwischen Emanzipation und Befreiung, wobei er erstere mit den bürgerlichen (und den Kolonialismus nicht in Frage stellenden) Revolutionen der Neuzeit in England (1688), Nordamerika (1776) und Frankreich (1789) verknüpft, letztere aber umfassend als einerseits politisch-ökonomische und andererseits epistemische Dekolonialisierung definiert. Gegen die „Rhetorik der Moderne“, die eben diese Moderne als europäisches Phänomen darstellt (112) und sie in der Gegenwart der Zeit und im Zentrum des Raums verortet (118), betont er, dass sie „sich in einem dialektischen Verhältnis zur nicht-europäischen Alterität“ herausbildet (73) – auch wenn letztere als Exteriorität konstruiert wird (122). Dabei identifiziert er als zentrales, zu überwindendes Problem die moderne „Sichtweise auf das menschliche Leben, die von der Durchsetzung eines Gesellschaftsideals über alle davon abweichenden abhängt“ (79). Insofern erscheinen ihm die okzidentalen, universalistischen Philosophien Christentum, Liberalismus und Marxismus und der nicht-okzidentale Islamismus als „verschiedene ... Inhalte ... der gleichen fundamentalistischen und imperialen Logik“ (76). Hier manifestiere sich die „dunkle Seite der Moderne“, die „die Gewalttätigkeit von Genoziden im historischen Rahmen von Emanzipations-, Befreiungs- und Dekolonialisierungsprozessen rechtfertigt“ (80). Folglich fordert er „Alternativen zur Moderne“ (67) und sieht sie beispielsweise auf der theoretischen Ebene in den antikolonialen

Schriften von Guamán Poma de Ayala (86) oder der Weltsystem-Geschichtsschreibung von Janet Abu-Lughod (158), auf der praktischen in den „Räten der guten Regierung“ der zapatistischen Gemeinden in Südmexiko (91, Fn. 47).

Die von Mignolo beschriebene Kolonialität der Macht beruht auf der Verknüpfung der Ebenen der Ausbeutung von Arbeitskraft, der Kontrolle der Autorität, der Kontrolle von Geschlecht und Sexualität, der Kontrolle von Subjektivität und Erkenntnis sowie der Kontrolle der Natur (142f). Der Autor bewegt sich hier zwischen einer intersektionalen Analyse und einem Denken, dass im Rassismus einen neuen Hauptwiderspruch auszumachen scheint. Einerseits stellt er (in der Diskussion der Thesen von Michael Hardt und Antonio Negri) fest: „die Unterdrückten sind nicht nur deshalb die neue und erweiterte Arbeiter_innenklasse, weil es sich um eine neue arbeitende Klasse handelt, sondern weil die Mehrheit der am meisten ausgebeuteten Arbeiter_innen zur ‘rassisch’ ‘falschen’ oder geschlechtlich ‘minderwertigen’ Gruppe gehört, weil sie ‘verwerflichen’ sexuellen Praktiken frönt, oder letztlich die ‘falsche’ Religion oder Sprache hat“ (173). Hier ist bereits anzumerken, dass die Widersprüchlichkeit der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse (sichtbar beispielsweise in jenen Mitgliedern der BRD-Regierung, die nicht dem klassischen Bild des weißen, heterosexuellen Mannes entsprechen) nicht hinreichend thematisiert wird. Wenn Mignolo jedoch weiter argumentiert, „Rasse“ überlagere durch die Kolonialität der Macht die anderen Unterdrückungsformen Klasse und Geschlecht – von anderen ist ohnehin keine Rede – und daher hätten „die weltweiten Projekte von Befreiung und Dekolonialisierung

derzeit eher die koloniale Matrix der Macht zum Feind als den Kapitalismus“ (175), dann ist dies eine Steilvorlage für eine fatale Hierarchisierung verschiedener Befreiungskämpfe. Auch Mignolos identitätspolitische Positionierung ist zumindest insofern kontrovers, als z.B. die Aussage „wir sind keine Bäuer_innen, wir sind Indios“ (197) durch die Privilegierung einiger und Negierung anderer Identitätsaspekte gemeinsame politische Mobilisierungen erschwert. An der von ihm skizzierten Grammatik der Dekolonialität, die ein Verlernen des eurozentrischen kolonial-modernen Paradigmas und statt der universalen Erzählung der Moderne eine Vielzahl von die Ortsgebundenheit jeder Perspektive bejahenden Geschichten fordert, ist hingegen nichts auszusetzen. Die entsprechende zapatistische Parole von der „Welt, in der viele Welten Platz haben“, wird bei Mignolo theoretisiert zur „Pluriversalität als universalem Projekt“ (205).

Aram Ziai

Georg Glasze: *Politische Räume. Die diskursive Konstitution eines „geopolitischen Raums“ – die Frankophonie.* Bielefeld: transcript 2013, 272 Seiten

In der Geographie – als die Vorstellung(en) von Raum sowie dessen Analyse – hat es wie in vielen (wenn nicht allen) anderen Wissenschaftsdisziplinen im Kontext des sogenannten *linguistic turn* eine Reihe von Auseinandersetzungen dazu gegeben, was diese Analysen leisten können und sollten, wie sie aufgebaut und welchen Fragestellungen sie sich mit welchen Mitteln nähern und wie sie dabei selbst zu den Vorstellungen von Raum beitragen. Diese Entwicklung hat, wie Georg Glasze

im vorliegenden Buch darstellt, zur Herausbildung einer „Renaissance und Neufundierung einer theoretisch reflektierten Politischen Geographie“ (53) beigetragen. Hier verortet er seine Studie „und will aus der Perspektive der Diskurstheorie einen Beitrag zu einer theoretischen Konzeptionalisierung und empirischen Operationalisierung entwickeln“ (53). Für die Umsetzung dieser Zielstellung verfolgt er eine klassische Dreiteilung, bestehend aus einem theoretischen (15-96), einem methodischen (97-124) und einem empirischen Teil (124-225).

Am Beginn des Buches (Kap. 2) steht damit die Auseinandersetzung mit verschiedenen gängigen Theorieansätzen zu kollektiven Identitäten und Raum. Glasze nutzt seine daran anschließende kritische Betrachtung dieser Ansätze, um die bereits angesprochene Verortung des eigenen Werkes vorzunehmen. Er fasst, wie in der *critical geopolitics*, Identitäten und Räume dabei nicht als wesentlich und gegeben auf, sondern als etwas (re-)produziertes, was es zulässt, zu betrachten, wie geographische Entitäten konstituiert und mit Bewertung versehen werden (60). Darauf aufbauend expliziert er im nächsten Kapitel (Kap. 3) sein eigenes Konzept von Identitäten und Raum. Er stützt sich hier auf die Diskurs- und Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, welche er zuerst von ihren methodologischen Ausgangspunkten herleitet und sie anschließend auf einleuchtende Weise mit den Raumverständnissen von Doreen Massey kontrastiert.

Da Mouffe und Laclau „sich kaum zur empirischen Umsetzung ihrer Theorie geäußert haben“ (97), sei es der einzige Weg, um nicht in Unbestimmtheit bei der Interpretation abzurutschen, Wege der Operationalisierung zu finden. Dies

nimmt er im methodischen Teil (Kap.4) vor und entwickelt ein zweistufiges Verfahren aus Lexikometrie und Analyse narrativer Muster. Eine punktuelle Bildanalyse und der Fokus auf regelmäßige Wiederholungen ähnlicher Artikulationsmuster (verstanden als Institutionen) unterstützen dieses Verfahren.

Anwendung findet die von Glasze entwickelte Vorgehensweise in Kap. 5 anhand der sogenannten Frankophonie. Das gewählte Beispiel erscheint auf den ersten Blick sehr spezifisch, entpuppt sich aber als ein überaus plausibler und dankbarer Fall, da er es vermag, das vorher skizzierte Vorgehen verständlich zu illustrieren. Auch wenn es sich „nur“ um ein illustrierendes Beispiel handelt, arbeitet der Autor die narrativen Muster sehr gut heraus. Die Interpretationen, wenn auch manchmal etwas kurz gehalten, sind durchdacht und bergen immer wieder interessante Schlüsse, die in einer Zusammenfassung zusammenlaufen (Kap. 6). Die Beispielhaftigkeit der Frankophonie und die starke Konzentration des Buches auf das methodische Explizieren spiegeln sich leider nicht im Buchtitel wider. Aus dem Aufbau in den typischen Dreischritt aus Theorie, Methode und Empirie ergibt sich aber, wie gezeigt, eine stringente und nachvollziehbare Struktur und Argumentation des Werkes.

Weil die Studie aber noch eine weitere Zielstellung verfolgt, wünscht man sich dennoch manchmal eher ein überraschendes Moment statt durchgängiger Stringenz. Denn wie Glasze schreibt, will er nicht nur aus der Perspektive der Diskurstheorie einen Beitrag zu einer theoretischen Konzeptionalisierung und empirischen Operationalisierung entwickeln, sondern ist der Ansicht, dass Wissenschaft dazu dienen sollte, „immer

wieder hegemoniale Schließungen aufzubrechen und neue politische Auseinandersetzungen zu ermöglichen“ (56). Dies ist das zweite Ziel seines Buches.

Die Diskrepanz dieser beiden Zielstellungen, einerseits Fixierungen kritisch analysieren zu wollen, andererseits, bedingt durch den Charakter eines Lehrbuchs, qua Definition Fixierungen voranzutreiben, geht nicht auf und lässt den Band an einigen Stellen inkonsistent werden. Indem Glasze beispielsweise Narrativen der Aufklärung folgt (22), in grauunterlegten Zwischenfazit vereinfacht und in der rekonstruktiven Analyse des Diskurses in eine blockartige historische Darstellung verfällt, die wenig Raum für Anderes lässt, verstrickt er sich selbst unreflektiert in Fixierungen. Es entstehen Darstellungen, die einer „ununterbrochenen Linie“ (200) ähneln, wie er sie selbst in Bezug auf seine untersuchten Materialien als fraglich kritisiert. Insgesamt lässt das Buch eine Reflexion über die Grenzen des eigenen Vorgehens sowie Einschränkungen bei der Korpusbildung (128) vermissen. Ebenso wäre ein Nachdenken über die Vereinfachung und Reproduktion von Antagonismen in den eigenen Graphiken (213, 215) wünschenswert gewesen. Auch eine Reflexion über die Möglichkeiten, die das Fehlen der Frage nach einer empirischen Umsetzung bei Laclau und Mouffe bergen, hätte der Studie unter der Zielsetzung einer kritischen Analyse besser gestanden als das ausschließliche Streben danach, das angenommene Manko beheben zu wollen. Neben diesen Widersprüchen in Bezug auf das kritische Anliegen der Studie hat es der Autor auch an einer weiteren Stelle versäumt, eine originelle Neuerung zu wagen. Denn entgegen seiner Einschätzung, dass eine

Bildanalyse „wichtig für die Geographie“ (118) sei, entscheidet er sich nur für einen sehr punktuellen Einsatz (120) dieses analytischen Werkzeugs. Dies ist sehr zu bedauern, denn es hätte die methodische Vielfalt und die Interpretationen sicher erweitert. Entgegen seiner Einschätzung (222) bietet schließlich beispielsweise die visuelle Soziologie eine Reihe von Möglichkeiten, nicht-textbasiertes Datenmaterial zu erfassen und auswertbar zu machen. Neben diesen inhaltlichen Anmerkungen sei darauf hingewiesen, dass insbesondere in den ersten beiden Kapiteln durch ein besseres Lektorat Redundanzen und Fehler in der Zeichensetzung hätten vermieden werden können.

Dennoch bleibt das Buch wichtig, denn es vermag auf eine tiefgründige und verständliche Art, den immer wiederkehrenden Vorbehalten gegenüber diskursanalytischen Studien (53f) zu entgegnen und deren Sinnhaftigkeit und Relevanz zu zeigen.

Stephanie Garling

Ashley Currier: *Out in Africa. LGBT organizing in Namibia and South Africa*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2012, 255 Seiten

Homophobie ist ein Problem, das von der Entwicklungs- und Außenpolitik bis vor kurzem kaum beachtet wurde. Erst ein Gesetzesentwurf zur drastischen Verschärfung der bereits bestehenden Anti-Homosexuellengesetzgebung in Uganda rief entwicklungspolitische Entscheidungsträger auf den Plan. So stoppte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ende 2012 die Budgethilfe für das zentralafrikanische Land. Als Gegensatz zu

zahlreichen Staaten mit semi-autoritären Regimen, die – wie Uganda – Homosexuelle strafrechtlich verfolgen, gilt die Republik Südafrika. In ihrer Verfassung von 1996 sind die Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung verankert. Seit Ende 2006 können homosexuelle Paare heiraten. Diese Errungenschaften sind das Ergebnis beharrlicher rechtspolitischer Lobbyarbeit von Homosexuellenorganisationen.

Die vorliegende Publikation ergründet deren Vorgehen und vergleicht es mit den Strategien von Organisationen in Namibia. Dort sind die gesetzlichen Beschränkungen zwar nicht so rigide wie in Uganda, aber dennoch nutzen auch namibische PolitikerInnen Homophobie, um von wirtschaftlichen Krisen, Korruption und damit einhergehender Kritik an der Regierung abzulenken. Das Buch erläutert die Entstehung sowie die zumeist an konkrete politische Ereignisse gebundene öffentliche Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit namhafter Homosexuellenorganisationen in den zwei Nachbarländern. Neben diesen Schwerpunkten geht die Autorin auf die umstrittene Frage ein, ob Homosexualität in vorkolonialer Zeit dort verbreitet war oder erst von den Kolonialherren importiert wurde. Sowohl in der Einleitung als auch im Schlussteil stellt sie Ansätze der sozialen Bewegungsforschung vor, die zum Verständnis der Fallstudien und des Ländervergleichs beitragen sollen.

Ashley Currier baut ihre Studie auf einen Forschungsaufenthalt 2005-2006 in Südafrika und Namibia auf. Dabei hat sie über fünfzig Interviews mit so genannten LGBT-AktivistInnen in Johannesburg und Windhoek geführt, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen (engl. „Gay“), Bi- und Transsexuellen

einsetzen. In ihrer Analyse setzt sie sich kritisch mit dem verbreiteten Kürzel LGBT (*Lesbian, Gay, Bisexual and Trans*) auseinander und betont, dass die Beteiligten durchaus unterschiedliche Selbstbezeichnungen wählen und in verschiedenen Organisationen über partikuläre Ziele, Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten diskutieren. Ein großer Teil des zweiten Kapitels widmet sich diesem Problem. Darin wird der Konflikt zwischen der südafrikanischen Lesbenorganisation Forum for the Empowerment of Women (FEW) und homosexuellen Männern dargestellt, zumal FEW symbolreich nur schwarzen lesbischen Frauen Zugang zu ihren Büroräumen gewährt. Bei Planungen gemeinsamer Veranstaltungen führte diese Exklusion wiederholt zu Auseinandersetzungen mit schwarzen homosexuellen Männern, die sich ebenfalls diskriminiert fühlten. FEW geht es darum, einen Schutzraum für die von mehrfacher Diskriminierung betroffenen Frauen zu schaffen. Die Aktivistinnen argumentieren, dass schwarze unterprivilegierte Lesben, die in verarmten Townships leben, besonders gefährdet sind, vergewaltigt und ermordet zu werden. Denn trotz der vorbildlichen neuen Verfassung und der von LGBT-Organisationen juristisch eingeforderten Gesetzesreformen hat die südafrikanische Regierung keine Programme zur Überwindung homophober Einstellungen und der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft aufgelegt.

Im Nachbarland Namibia haben ranghohe Politiker, bspw. der frühere Präsident Sam Nujoma und einige Minister, immer wieder Homosexuelle für soziale Probleme verantwortlich gemacht oder versucht, von Misswirtschaft abzulenken und die Nation durch Anfeindungen

einer mit Skepsis betrachteten Minderheit zu eilen. Während in Südafrika die LGBT-Organisationen aus dem Kampf gegen die Apartheid hervorgingen und diesen als Referenzrahmen für ihre Gleichheitsforderungen nutzen konnten, entstanden die namibischen Organisationen erst nach der politischen Unabhängigkeit 1990. Umso schwieriger war es für sie, ihre Rechte einzufordern und der politisch motivierten Homophobie zu kontern, zumal namhafte Regierungsvertreter diese sogar als Verteidigung des Unabhängigkeitskampfes ausgaben. Auch in diesem Land sind vor allem verarmte schwarze Homosexuelle in den von Arbeitslosigkeit und mangelnder Infrastruktur gekennzeichneten Townships von Gewalt betroffen.

Situationsspezifisch müssen namibische bzw. südafrikanische Organisationen ihre Strategien abwägen. Das betrifft insbesondere die Frage, wann sie öffentlich sichtbar mit Kritik oder Forderungen in Erscheinung treten oder sich eher zurückhaltend verhalten, um die Eskalation von Gewalt zu vermeiden. Das Buch ist keineswegs nur für Forschende von Interesse, die sich für *Gender*, soziale Bewegungen oder das südliche Afrika interessieren, sondern auch für EntwicklungsexpertInnen. Denn die Autorin beachtet neben den politischen Rahmenbedingungen organisationsinterne Faktoren, die Stärken und Schwächen der LGBT-Vereinigungen beeinflussen, etwa personelle Fragen und die Finanzierung durch internationale Entwicklungsorganisationen. Schließlich sind sie es, die bestimmte Kampagnen finanziell ermöglichen oder Anträge ablehnen.

Rita Schäfer

Klaus Storkmann: *Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die „Dritte Welt“*. Berlin: Ch. Links 2012, 686 Seiten

Es existiert wohl kaum ein anderes Kapitel der Geschichte der DDR, über welches von westlicher Seite so viele Unwahrheiten und Spekulationen verbreitet wurden, wie über die militärische Unterstützung von Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten in den Ländern der Dritten Welt durch den kleineren deutschen Staat. Es gab Zeiten, da überschlugen sich Meldungen in der Presse vornehmlich der alten Bundesrepublik über Tausende von NVA-Soldaten auf anderen Kontinenten und deren Unterstützung von Terroristen, womit Befreiungsorganisationen wie der südafrikanische *African National Congress*, heute hofierte Regierungspartei, gemeint waren. Belege für solche Behauptungen gab es jedoch nicht. Bekannt war nur, dass die DDR politisch an der Seite der jungen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas stand und die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen allseits unterstützte. Das war für die DDR und ihre Regierung selbstverständlich, verpflichtete doch die herrschende Ideologie des Marxismus/Leninismus geradezu zu solch einem Handeln. Außerdem glaubte man damit an die „revolutionären Traditionen“ der Arbeiterklasse anzuschließen und sie auf einer neuen Stufe weiterzuführen. Aber war die Unterstützung der DDR für die Befreiungsbewegungen und für die sich weiterhin der ehemaligen Kolonialherren erwehren müssenden Nationalstaaten so umfangreich und intensiv wie ehemals in der westlichen Presse behauptet?

Diesen Spekulationen hat Klaus Storkmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, eine historisch fundierte Einschätzung der Zusammenarbeit der DDR mit einigen afrikanischen Ländern und Befreiungsorganisationen entgegengesetzt. Es fällt auf, dass sich der Verfasser bemüht, Wertungen seiner Forschungsergebnisse zu vermeiden.

Gleich zu Anfang seiner Studie, die auf seiner an der Bundeswehr-Universität in Hamburg verteidigten Dissertation beruht, verweist er die Schlagzeilen über NVA-Truppen und -Ausrüstungen in Afrika ins Reich der Legenden, indem er seine Thesen nüchtern und frei von politischen Rücksichtnahmen mit detaillierten Rechercheergebnissen belegt. Dazu hat er viele Meter Akten unter anderem im Bundesarchiv, im Militärarchiv in Freiburg i.Br., im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sowie Filmmaterial ausgewertet. Zusätzlich hat er mehr als 50 Zeitzeugen befragt, darunter ehemalige hohe DDR-Militärs, die sich noch nie öffentlich geäußert hatten, sowie Forschungsliteratur zu Themen wie dem entwicklungspolitischen Engagement der DDR oder zu deren Afrikapolitik herangezogen.

Die Ergebnisse sind eindeutig: In Umfang und Intensität waren die Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät in die außereuropäischen Regionen, etwa im Vergleich zur Sowjetunion, den USA oder der Bundesrepublik Deutschland, verschwindend

gering. Sie umfassten weniger schwere Waffen, sondern vor allem Handfeuerwaffen, Zelte, Uniformen, Ausrüstungen und Ähnliches. Zudem legte die DDR das Schwergewicht ihrer militärischen Unterstützung auf die Ausbildung von „Kadern“. Freilich war auch diese Form der „geheimen Solidarität“ nicht zuletzt auf Grund der ökonomischen Potenzen des Landes begrenzt.

Thematisch analysiert der Verfasser beispielsweise die Ausbildung von „Ausländischen Militärkadern“ an der dafür eigens geschaffenen Offiziershochschule in Prora auf Rügen eingehend. Relativ breiten Raum nehmen auch die Probleme bei der Ausbildung von Militärs aus den Ländern Afrikas ein. Zwar wollte die DDR den Aufbau von „sozialistischen Armeen“ in den sogenannten Entwicklungsländern unterstützen, dies scheiterte jedoch letztlich an den weltpolitischen Veränderungen ab 1989/90. Da es zuvor schon gravierende Schwierigkeiten gab, etwa im Verhältnis zur Sowjetunion und ihrer Armeeführung nicht erst seit Gorbatschow, kann nicht eindeutig eingeschätzt werden, wie effizient die militärischen Unterstützungen waren.

Storkmanns kompetente Recherchen beleuchten interessante Aspekte aus der Geschichte des Kalten Krieges. So etwa schildert der Verfasser die Affinität der mosambikanischen Partei- und Staatsführung zu Peking und deren Skepsis gegenüber den europäischen Vorstellungen über die politische Situation und deren Lösungsvarianten im Süden Afrikas und untersucht dabei die Rolle der DDR und insbesondere ihrer Armee. Er geht zuweilen so weit ins Detail, dass für die Historiographie über die DDR ungewöhnliche Differenzen und

Konkurrenzen zwischen verschiedenen Institutionen und Personen sichtbar werden. So gelingt es ihm, Prozesse der Entscheidungsfindung deutlich herauszuarbeiten, noch dazu in einem so sensiblen Bereich wie dem der Sicherheits- und Außenpolitik. Eine solche Analyse wirkt auch dann nicht ermüdend, wenn recht ausführlich der Prozess von Entscheidungen für Militärhilfen nachgezeichnet wird. Denn Storkmann verfügt über die Fähigkeit, seine Thematik und seine Schlussfolgerungen in einer klar strukturierten Argumentation auch denjenigen Lesern, die über nicht allzu viele Vorkenntnisse verfügen, nahe zu bringen und reichhaltig zu belegen. Anhand mehrerer Beispiele macht er deutlich, dass es zu den Grundprinzipien der DDR gehörte, Wünsche von Gesprächspartnern aus der Dritten Welt strikt abzulehnen, die in der Konsequenz den Kampfeinsatz von deutschen Soldaten im Ausland hätten bedeuten können. Damit führt er, ohne sie direkt anzusprechen, die Behauptung einer kommunistischen Bedrohung, mit der das Wettrüsten begründet wurde, am Beispiel von Ländern der Dritten Welt ad absurdum.

Mit seinem lesenswerten Buch, welches in seiner methodischen und methodologischen Ausführung und Intention beispielgebend ist, hat der Verfasser ein wichtiges Kapitel DDR-Geschichte aufgearbeitet. Seine Aussagen können im Vergleich zu nicht wenigen Arbeiten, die in den vergangenen Jahren zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte entstanden, gut bestehen. An diesem Buch kann keiner vorbeigehen, der sich mit den Außenbeziehungen der DDR befasst.

Ulrich van der Heyden

Florian Stoll: *Leben im Moment? Soziale Milieus in Brasilien und ihr Umgang mit Zeit*. Frankfurt a.M.: Campus 2012, 366 Seiten

„Zeit ist Geld“ – dieser vielzitierte Ausspruch Benjamin Franklins galt Max Weber als ein zentrales Element des „Geistes des Kapitalismus“. Verschiedene gesellschaftsvergleichende Studien zum Umgang mit Zeit bestätigen, dass es sich bei dieser Zeitauffassung um eine – idealtypische – Ausprägung einer spezifischen, der westlichen Moderne handelt. Das in Webers soziologischem Schlüsseltext zum Ausdruck kommende lineare Zeitverständnis ist folglich nicht ohne weiteres auf andere raum-zeitliche Kontexte zu übertragen. Hartmut Rosa verweist im diachronen Vergleich auf die Beschleunigung als Charakteristikum der Moderne, und etwa Robert Levine hat mit seinen Forschungen zur unterschiedlichen Toleranz gegenüber Verspätungen in Brasilien und den USA Divergenzen des Umgangs mit Zeit herausgearbeitet. Neben historischen und kulturellen Aspekten ist das Zeitverständnis einer Person ferner von ihrer Stellung innerhalb einer Gesellschaft abhängig. Das heißt, Dimensionen sozialer Ungleichheit wie Beruf, Einkommen, Bildung, Gesundheit oder Wohnort beeinflussen maßgeblich die Möglichkeit der Zeitverfügung und damit auch den Umgang mit Zeit – Gesellschaften weisen mithin kein homogenes Zeitverständnis auf. Gleichzeitig verdeutlichen diese Beispiele die sozialwissenschaftliche Relevanz der Erforschung des gesellschaftlichen Umgangs mit Zeit.

Im vorliegenden Buch widmet sich Florian Stoll unter Rückgriff auf ein Bourdieu'sches Konzept der Erforschung

des als „milieuspezifischen Umgang mit Zeit“ (S. 30) verstandenen zeitlichen Habitus in der im relativ armen Nordosten Brasiliens gelegenen Großstadt Recife. Zentral für sein Argument sind dabei die frühen Arbeiten Bourdieus zu den Kabylen in Algerien, in denen dieser die relative Stabilität menschlicher Handlungsmuster trotz sich wandelnder ökonomischer, sozialer und politischer Bedingungen beschreibt und somit die Dichotomie von Tradition und Moderne über das Konzept der Ungleichzeitigkeit zur Erklärung der Persistenz bestimmter Verhaltensformen überwindet.

Vor diesem Hintergrund ist Brasilien zweifellos ein relevanter Fall. Das Land erlebte in den vergangenen Jahren einen rapiden Wandlungsprozess, der sich in einem robusten Wirtschaftswachstum, verbesserten materiellen Lebensbedingungen weiter Teile der Gesellschaft und zunehmender Bedeutung des Landes auf internationaler Ebene manifestiert. Statt diesen Wandlungsprozess als späte Bestätigung modernisierungstheoretischer Annahmen zu interpretieren, bleibt Stolls Analyse sensibel für die fortwährenden Besonderheiten Brasiliens. Trotz jüngster Reduzierungen des Gini-Koeffizienten verdeutlicht der momentane Wert von 0,508, dass Brasilien weiterhin von extremen sozialen Ungleichheiten geprägt ist. Mit der hohen Konzentration von Reichtum und der ausgeprägten Bedeutung von Status teilt das Land weitere zentrale Strukturmerkmale lateinamerikanischer Gesellschaften. Auch die kolonialen Legate (der redundante Hinweis auf die Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1888 wirkt gleichwohl störend auf den Lesefluss) besitzen in Brasilien weiterhin hohe gesellschaftliche Wirksamkeit. Stoll zeichnet ein differenziertes und historisch

informiertes Bild der brasilianischen Gesellschaft und stellt dabei heraus, dass diese nicht auf den Pfaden westlicher Vorbilder wandelt, sondern zunächst in ihrer Besonderheit verstanden und analysiert werden sollte. Auf dieser Grundlage arbeitet er in seiner Studie die Spezifika eines brasilianischen Zeitverständnisses heraus und grenzt es gegen die an Webers protestantischer Ethik orientierten „westlichen“ Vorstellungen ab.

Im Zentrum der Arbeit steht die Untersuchung des zeitlichen Habitus der sozialen Milieus in Brasilien. Zur Einteilung der Milieus erweitert Stoll die klassischen Kriterien der Sozialstrukturanalyse (Stellung in der Sozialstruktur, der Position in der Arbeitsteilung oder der Höhe des Einkommens) um Merkmale des Habitus, Lebensstils und kultureller Vorlieben, soziokulturelle und historische Einflüsse sowie Formen des zeitlichen Habitus wie Planungshorizont, Zeitverständnis usw. Dieses komplexe Modell der Milieubildung (S. 117) schützt zwar vor der häufigen Überschätzung der auf rein ökonomischen Kriterien basierenden sozialen Mobilität. Für die empirische Forschung ergeben sich hieraus gleichwohl Probleme: Stoll unterscheidet zwischen sechs Milieus (Oberschicht, obere Mittelschicht, mittlere Mittelschicht, untere Mittelschicht, ArbeiterInnen und Marginalisierte), deren Einteilung jedoch wieder vornehmlich auf den klassischen Kriterien der Sozialstrukturanalyse beruht. Die einzelnen Milieus differenziert er nochmals in Untergruppen, die er meist über das Kriterium der beruflichen Stellung definiert. Mittels ethnographischer Studien und semi-strukturierter Interviews gelingt es ihm dennoch, am Beispiel Recifes ein vielschichtiges Bild der brasilianischen Gesellschaft

zu zeichnen, dass weit über den Aspekt des Umgangs mit Zeit das Verständnis für den Alltag der sozialen Beziehungen schärft. So stellt Stoll etwa die Bedeutung bestimmter privater Konsummuster als zentralen, identitätsstiftenden Bestandteil der brasilianischen Mittelschicht heraus.

Die empirischen Untersuchungen zeigen einerseits, „dass es in Brasilien keinen milieuübergreifenden Umgang mit Zeit gibt“ (S. 351). Andererseits gelingt es Stoll in allen untersuchten Milieus Spezifika zu finden, die von Webers Idealtypus der protestantischen Ethik abweichen. Die Ergebnisse weisen somit kulturalistische Vorstellungen eines spezifisch lateinamerikanischen oder brasilianischen zeitlichen Habitus zurück und erinnern an die Bedeutung der gesellschaftlichen Position einer Person. Gleichzeitig unterstreichen sie jedoch, dass neben der sozialen Bedingtheit auch historische und kulturelle Spezifika sowie koloniale Legate und die jeweiligen gesellschaftlichen Besonderheiten (extreme soziale Ungleichheiten, Bedeutung von Status usw.) von hoher Relevanz für das Verständnis von Gesellschaften sind.

Die Bedeutung solcher Kontextspezifika verdeutlicht ein Beispiel: Statistisch mögen sich die materiellen Bedingungen von Angehörigen der Mittelschicht in Deutschland und Brasilien zunächst kaum unterscheiden. Untersucht man jedoch Freizeitgestaltung, Wohnverhältnisse oder die Organisation von Hausarbeit, treten deutliche Differenzen hervor. Die Entbindung weiter Teile der brasilianischen Mittelschicht von Hausarbeit durch die selbstverständliche Beschäftigung von schlecht bezahlten *domestic workers* sind nur ein Beispiel für die Konsequenzen des Nebeneinanders bzw. der Verwobenheit

der von der Modernisierungstheorie als universelles Entwicklungsmodell affirmierten Abfolge aus Agrargesellschaft, Industriegesellschaft und postindustrieller Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft in Brasilien (S. 354). Dass sich hieraus auch Besonderheiten des Lebensstils, der Freizeitgestaltung und damit auch des zeitlichen Habitus der brasilianischen Mittelschicht ergeben, arbeitet Stoll überzeugend heraus.

Das Buch bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte, fordert klassische entwicklungstheoretische Positionen überzeugend heraus und steht damit in einer Reihe mit jüngeren Ansätzen zur Dezentrierung der Analyse der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Lateinamerikaforschung. Die Weiterentwicklung seines Ansatzes und dessen Adaptation für andere Kontexte (z.B. in Afrika, Asien oder im Nahen Osten) könnte zweifellos eine Vielzahl

weiterer interessanter Aspekte zum Verständnis der jeweiligen Gesellschaften beitragen. Potential für anknüpfende Studien gäbe es in der Frage der Einbeziehung von genderspezifischen Aspekten (gerade mit Blick auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung) sowie von Unterschieden zwischen verschiedenen Generationen. Stolls Studie lenkt die Aufmerksamkeit stärker auf die Verknüpfung von Zeit und sozialen Ungleichheiten. Hier wären neben Untersuchungen zum zeitlichen Aufwand von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit insbesondere auch solche zu Ungleichheiten im Zeitaufwand für den Transport als Konsequenz der urbanen Segregation und des unzureichenden öffentlichen Nahverkehrs spannende Fragestellungen, die wiederum an den milieuspezifischen zeitlichen Habitus rückgekoppelt werden könnten.

Stefan Peters

Eingegangene Bücher

- Abrahamsen, Rita (Hg.): *Conflict and Security in Africa*. Woodbridge: James Currey 2013 (= African Readers), 228 S.
ISBN: 9781847010780
- Andreasen, Bård A., & Gordon Crawford (Hg.): *Human Rights, Power and Civic Action. Comparative analyses of struggles for rights in developing societies*. Abingdon (Oxon): Routledge 2013 (= Routledge Research in Human Rights), 270 S.
ISBN: 9780415669030
- Kleinschmidt, Harald: *Diskriminierung durch Vertrag und Krieg. Zwischenstaatliche Verträge und der Begriff des Kolonialkrieges im 19. Und frühen 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg 2013 (= Historische Zeitschrift: Beiheft [Neue Folge] 59), 236 S.
ISBN: 978486717303
- Kumar, Corinne (Hg.): *Asking, We Walk. The South as a New Political Imaginary*. 4 Bde, Bangalore: Streelekha Bd. 1: *In the Time of the Earth*, 2011, xxii + 354 S.
ISBN 10: 8190467743
Bd. 2: *In the Time of the River. In the Time of the Wind*, 2011, xxxii + 423 S.
ISBN 10: 8190467751
Bd. 3: *In the Time of Fire*, 2012, xlviii + 659 S.
ISBN 10: 8190467786
Bd. 4: *In the Time of Spring*, 2013, lxxix + 853 S.
ISBN 10: 8190467794
- Martin, Susanne: *Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2013, 264 S.
ISBN: 9783896919465
- Pfleiderer, Georg, & Peter Seele (Hg.): *Kapitalismus – eine Religion in der Krise I. Grundprobleme von Risiko, Vertrauen, Schuld*. Baden-Baden: Nomos 2013 (Religion – Wirtschaft – Politik, Bd. 8), 386 S.
ISBN: 9783848700165
- Philipps, Joschka: *Ambivalent Rage. Youth Gangs and urban Protest in Conakry-Guinea*. Paris: L'Harmattan 2013, 238 S.
ISBN: 9782343015774
- Schmidt, Ingo (Hg.): *Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“. Die Aktualität von ökonomischer Theorie und Klassenanalyse*. Hamburg: VSA 2013, 166 S.
ISBN: 9783899655575
- Southall, Roger: *Liberation Movements in Power: Party & State in Southern Africa*. Woodbridge, Suffolk: James Currey & Pietermaritzburg: University of KwaZulu/Natal Press 2013, 384 S.
ISBN: 9781847010667
- Taylor, Julie J.: *Naming the Land. San Identity and Community Conservation in Namibia's West Caprivi*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2012, 266 S.
ISBN: 9783905758252
- ten Brink, Tobias: *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2013 (= Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung, Bd.78), 372 S.
ISBN: 9783593398808
- Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte*. Frankfurt a.M. & New York, NY: Campus 2013, 524 S.
ISBN 9783593398112